

Die internationale Gemeinschaft muss dem bahnbrechenden Aufruf des UN-Menschenrechtsbeauftragten zu einer systematischen Reform der Drogenpolitik folgen!

Zivilgesellschaftliche Erklärung von 133 Organisationen aus 48 Ländern

Mittwoch, 20. September 2023 (Genf, Schweiz) – In einem heute veröffentlichten [Bericht](#) von historischer Tragweite prangert der UN-Hochkommissar für Menschenrechte das Scheitern der strafenden Drogenpolitik und des weltweiten „Krieges gegen Drogen“ an und ruft zu einem neuen Vorgehen auf, das auf dem Recht auf Gesundheit und anderen Menschenrechten basiert, einschließlich einer legalen Regulierung von Drogen. Damit die Empfehlungen des Hochkommissars umgesetzt werden, fordern wir die internationale Gemeinschaft dazu auf, das globale Drogenkontrollsystem sowie die nationalen Drogengesetzgebungen und drogenpolitischen Maßnahmen grundlegend zu reformieren und neu auszurichten.

Jahrzehntelang hat das unrealistische Ziel einer „drogenfreien Gesellschaft“ die internationale Gemeinschaft dazu veranlasst, Drogen mittels Verboten, Kriminalisierung und harten Strafen zu bekämpfen. Seit der Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Thema Drogen (UN General Assembly Special Session on Drugs, UNGASS) im Jahr 2016 haben die Vereinten Nationen den Schwerpunkt zunehmend auf die Gesundheits-, Menschenrechts- und entwicklungspolitische Dimension von Drogen und Drogenpolitik gelegt. Die Bemühungen, diese Zusagen umzusetzen, sind jedoch unzureichend. Der Hochkommissar für Menschenrechte hat nun einen deutlichen Schritt nach vorne gemacht und unmissverständlich erklärt, dass eine strafende Drogenpolitik gravierende Menschenrechtsverletzungen nach sich zieht und Diskriminierung vorantreibt.

Mit diesem Bericht ist das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte die erste UN-Organisation, die zu einer verantwortungsvollen Regulierung von Drogen als pragmatische Maßnahme zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Menschenrechte aller aufruft. Dies geschieht zu einer Zeit, in der bereits über 250 Millionen Menschen in Ländern leben, in denen legale Cannabismärkte Realität sind, und Länder wie Kolumbien und Deutschland ähnliche Pläne angekündigt haben. Darüber hinaus hat Bolivien gerade ein Verfahren zur Überprüfung der internationalen Einstufung und Kontrolle des Kokablattes eingeleitet, da dieses der internationalen Drogenkontrollpolitik im Jahr 1961 auf Basis überkommener und rassistischer Vorurteile unterworfen worden war.

Der neue Bericht beinhaltet überdies eine systematische Bestandsaufnahme der stark angewachsenen Anzahl drogenpolitischer Handlungsempfehlungen von UN-Menschenrechtsexpert*innen. Somit liefert der Bericht eine Vorlage für die Entwicklung von einem Vorgehen, das auf der Achtung der öffentlichen Gesundheit und den Menschenrechten beruht. Einige der wichtigsten Erkenntnisse sind:

- Die Anerkennung von Schadensminimierung (harm reduction) als ein zentrales Element des Rechts auf Gesundheit
- Die Benennung der Militarisierung der Drogenkontrolle als Motor staatlicher Gewalt
- Der Aufruf zur Abschaffung der Todesstrafe für Drogendelikte
- Die Anerkennung der Rolle unverhältnismäßiger Drogengesetze an der weltweiten Masseninhaftierung
- Die Dokumentation der gezielten Verwendung von Drogenpolitik gegen marginalisierte Gruppen wie Indigene Völker, Menschen mit afrikanischer Abstammung und Frauen
- Die Anerkennung der unverhältnismäßigen negativen Auswirkungen der Prohibition und Kriminalisierung auf Menschen, die von humanitären Krisen betroffen sind.

Die Umwandlung des globalen strafenden Ansatzes im Umgang mit Drogen erfordert Änderungen der grundlegenden Normen und Institutionen des internationalen Drogenkontrollsystems, die bislang auf Prohibition und Kriminalisierung beruhen. Dies beinhaltet die Reform der UN-Drogenkontrollkonventionen und die Neuausrichtung der UN-Drogenkontrollgremien wie des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und des Internationalen Suchtstoffkontrollrats (INCB). Diese sind nach wie vor zurückhaltend, wenn es darum geht, mit den Staaten zusammenzuarbeiten, um ein alternatives drogenpolitisches Vorgehen zu fördern, wie es im Zentrum des Vorschlags des Hochkommissars steht, einschließlich bei der Entkriminalisierung des Drogengebrauchs und damit zusammenhängender Aktivitäten und der Notwendigkeit, den gleichberechtigten Zugang zu Diensten der Schadensminimierung (harm reduction) zu verbessern – beides Punkte, die bereits im Kern der [Gemeinsamen Standpunkts des UN-Systems zum Umgang mit Droge \(UN System Common Position on Drugs\)](#) festgehalten wurden.

In Anbetracht der historischen Bedeutung des Berichts des Hochkommissars geben wir gemeinsam folgende Empfehlungen ab:

- Wir fordern die Mitgliedstaaten nachdrücklich dazu auf, die [bevorstehende Zwischenbilanz](#) der Ministererklärung über den Umgang mit Drogen von 2019 (Ministerial Declaration on drugs) zu nutzen, um den globalen Ansatz im Umgang mit Drogen neu auszurichten, und zwar durch die Verankerung des Schutzes der Menschenrechte, der öffentlichen Gesundheitsfürsorge und der Grundsätze der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung als wesentliche Ziele des globalen Drogenkontrollsystems sowie durch die Aufnahme eines Tagesordnungspunkts über den Schutz der Menschenrechte in die Tagesordnung der UN-Suchtstoffkommission (UN Commission on Narcotic Drugs, CND).
- Wir fordern die internationale Gemeinschaft dazu auf, zivilgesellschaftliche Organisationen und die vom „Krieg gegen Drogen“ direkt betroffenen Bevölkerungsgruppen, besonders diejenigen, die die größten Auswirkungen der Politik spüren wie Menschen, die Drogen gebrauchen, und Menschen, die in illegale Geschäfte involviert sind, in jeder Phase der Entscheidungsfindung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung der Drogenpolitik sinnvoll miteinzubeziehen.
- Wir fordern die Mitgliedstaaten nachdrücklich dazu auf, eine Überprüfung der UN-Drogenkonventionen einzuleiten, um einen menschenrechtsbasierten Ansatz für eine legale Regelung bereitzustellen, und die Bestimmungen aufzuheben, die die Abschaffung traditioneller Verwendungen von international kontrollierten Pflanzen und Substanzen vorgeben.
- Wir fordern den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (Human Rights Council) dazu auf, Strukturen für die regelmäßige Berichterstattung und die Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen zur Vereinbarkeit von Menschenrechten und Drogenpolitik einzurichten. Dies sollte entweder durch ein regelmäßiges Mandat für den Hochkommissar für Menschenrechte geschehen, der über die Auswirkungen der Drogenpolitik auf die Menschenrechte berichtet, oder durch die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses bzw. eines Sondermandats für Drogenpolitik.
- Wir begrüßen die wachsende Anzahl von Handlungsempfehlungen, die von UN-Organen zur Wahrung der Menschenrechte hinsichtlich der Auswirkungen von Drogenpolitik auf die Menschenrechte vorgelegt werden. Wir ermutigen alle Akteur*innen im Bereich der Menschenrechte, den vom Hochkommissar eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen und sich intensiv mit der strafenden Drogenpolitik auseinanderzusetzen, einschließlich der Frage, inwiefern das globale Drogenkontrollsystem an sich ein Hindernis für die volle Wahrnehmung der Menschenrechte darstellt.
- Wir fordern die Drogenkontrollorgane, einschließlich des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und des Internationalen Suchtstoffkontrollrats (INCB), dazu auf, die Dimension der Menschenrechte in der Drogenpolitik systematisch in ihre Arbeitsplanung einzubeziehen sowie dafür zu sorgen, dass sich dies in den Jahresberichten widerspiegelt, und die vom Hochkommissar dargelegten Erkenntnisse und Standards in ihrer Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten zu berücksichtigen.
- Wir fordern das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), die Mitgliedstaaten und die nationalen Drogenkontrollbehörden dazu auf, von der Förderung und Finanzierung strafender Maßnahmen im Umgang mit Drogen abzusehen und dafür zu sorgen, dass jegliche finanzielle und technische Hilfe, die Drittländern für die Strafverfolgung im Zusammenhang mit Drogen zur Verfügung gestellt wird, zu keinen Menschenrechtsverletzungen beiträgt bzw. kein konkretes Risiko birgt, zu Menschenrechtsverletzungen beizutragen.
- Wir rufen die UN-Organisationen und die Akteur*innen der internationalen Gemeinschaft in den Bereichen Gesundheit und Bevölkerungsschutz dazu auf, Dienste zur Schadensminimierung (harm reduction) in die Maßnahmen der humanitären Hilfe zu integrieren.
- Wir fordern die Akteur*innen der UN mit den entsprechenden Mandaten nachdrücklich dazu auf, dem Beispiel des Hochkommissars für Menschenrechte zu folgen, indem sie die verantwortungsvolle Regulierung von Drogen nicht länger tabuisieren und Forschung, Empfehlungen und internationale Standards für legal regulierte Märkte bereitstellen, die mit den Werten der UN zur Förderung von Gesundheit, Menschenrechten und Entwicklung im Einklang stehen.

Liste der unterzeichnenden Organisationen (Auf Englisch):

1. Aboriginal Drug & Alcohol Council, Australia
2. Addiction Medicine Association of Malaysia (AMAM), Malaysia
3. Alliance Nationale Des Communautés Pour La Santé (ANCS), Senegal
4. Amnesty International, Global
5. Andrey Rylkov Foundation for Health and Social Justice, Russia
6. Anti-Death Penalty Asia Network (ADPAN), Malaysia
7. APCOM Foundation, Asia and the Pacific
8. Asia Pacific Network of People living with HIV (APN+), Thailand
9. Asociación Costarricense para el Estudio e Intervención en Drogas (ACEID), Costa Rica
10. Associação Brasileira de Estudos Multidisciplinares sobre Drogas (ABRAMD), Brazil
11. Associação Brasileira de Lésbicas, Gays, Bissexuais, Travestis, Transexuais e Intersex (ABGLT), Brazil
12. Associação Brasileira de Saúde Mental (ABRASME), Brazil
13. Associação Elas Existem - Mulheres Encarceradas , Brazil
14. Black Initiative for a New Drug Policy, Brazil
15. Brazilian Network of Harm Reduction and Human Rights (REDUC), Brazil
16. Brazilian Drug Policy Platform, Brazil
17. Brussels Federation of Institutions for Drug and Addictions (féda bxl), Belgium
18. Canadian Drug Policy Coalition, Canada
19. Centro de Investigación Drogas y Derechos Humanos (CIDDDH), Peru
20. Centre for Research and Information on Substance Abuse (CRISA), Nigeria
21. Centre of Excellence for Research in AIDS (CERIA), Malaysia
22. Centre on Drug Policy Evaluation (CDPE), Canada
23. Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS), Argentina
24. Centro de Pensamiento desde la Amazonia Colombiana AlaOrillaDelRío, Colombia
25. Centro de Referência sobre Drogas e Vulnerabilidades Associadas da UnB, Brazil
26. Children's Legal Rights and Development Center (CLRDC), Philippines
27. Citywide Drugs Crisis Campaign, Ireland
28. Coletiva Todas Unidas, Brazil
29. Comité Permanente por la Defensa de los Derechos Humanos, Ecuador
30. Consumidores Associados Sobrevivem Organizados (CASO), Portugal
31. Corporación Acción Técnica Social, Colombia
32. Corporación Feminista Brujas, Colombia
33. Corporación Humanas Centro Regional de Derechos Humanos y Justicia de Género, Colombia
34. Corporación Mujeres Libres, Colombia
35. Correlation - European Harm Reduction Network (C-EHRN), Netherlands
36. CREA, India/USA
37. Dejusticia, Colombia
38. Deliberar, Colombia
39. Drug Harm Reduction Advocacy Network Nigeria (DHRAN), Nigeria
40. Drug Policy Alliance, USA
41. Drug Policy Australia, Australia
42. Drug Policy Network South East Europe (DPNSEE), Serbia
43. Društvo AREAL, Slovenia
44. Elementa DDHH, Colombia/México
45. Empower India, India
46. Equal Health and Rights Access Advocacy Initiative (EHRAAI), Nigeria
47. EQUIS Justicia para las Mujeres, México
48. Estonian Association of People Using Psychoactive Substances "LUNEST", Estonia
49. Eurasian Harm Reduction Association (EHRA), Lithuania
50. Familias y Retos Extraordinarios AC, México
51. Federal Council of Psychology, (Conselho Federal de Psicologia), Brazil
52. Fédération Addiction, France
53. Forum Droghe, Italy
54. Foundation Mainline, Netherlands
55. Free Legal Assistance Group (FLAG), Philippines
56. Fundación Dignidad, Ecuador
57. Fundación Latinoamérica Reforma, Chile
58. Gayon Albay LGBT Org., Inc., Philippines

59. Grupo de Ativistas em Tratamentos (GAT), Portugal
60. Harm Reduction Australia (HRA), Australia
61. Harm Reduction International, United Kingdom
62. Health Poverty Action, Global
63. Heart That Cares For Better Health Organization, Nigeria
64. Helsinki Foundation for Human Rights, Poland
65. Hepatitis Australia, Australia
66. HIV Legal Network/Réseau juridique VIH, Canada
67. House Of Rainbow CIC, United Kingdom
68. Humaania päihdepolitiikka ry, Finland
69. IDUCARE, Philippines
70. India HIV/AIDS Alliance, India
71. Indian Drug Users' Forum, India
72. Institute of Politics and Governance (IPG), Inc., Philippines
73. Instituto RIA, AC, Mexico
74. Instituto Terra, Trabalho e Cidadania (ITTC), Brazil
75. Intercambios Civil Association, Argentina
76. International AIDS Society, Switzerland
77. International Center for Ethnobotanical Education, Research and Service (ICEERS), Spain
78. International Commission of Jurists, Switzerland
79. International Drug Law Advocacy and Resource Center, USA
80. International Drug Policy Consortium (IDPC), Global
81. International Network of People who Use Drugs (INPUD), Global
82. International Women's Rights Action Watch Asia Pacific (IWRAW), Malaysia
83. Kaleidos – Universidad de Cuenca, Ecuador
84. La Società della Ragione Onlus, Italy
85. Law Enforcement Action Partnership, USA
86. Lembaga Bantuan Hukum Masyarakat (LBHM), Indonesia
87. Malaysian AIDS Council, Malaysia
88. Manipur Users Collective, India
89. Mexico Unido Contra la Delincuencia A.C., Mexico
90. Middle East and North Africa Network of People Who Use Drugs (MENANPUD)
91. Mujeres Unidas por la Libertad México, A.C, Mexico
92. National Network Of Anti-Prohibitionist Feminists, Brazil
93. Network of Asian People who Use Drugs (NAPUD), Thailand
94. NGO Cannabis Institute Pelagonija, Prilep, North Macedonia
95. Nigeria Network of People who use drugs (NNPUD), Nigeria
96. NoBox Transitions Foundation Inc. (NoBox Philippines), Philippines
97. NZ Drug Foundation, New Zealand
98. Observatorio De Derechos Humanos Para Grupos Vulnerabilizados (ODHGV), Republica Dominicana
99. Open Society Foundations, Global
100. Organisation for the Prevention of Intense Suffering (OPIS), Switzerland
101. Ozone Foundation, Thailand
102. Paroles Autour de la Santé et de Environment, Ivory Coast
103. Penal Reform International (PRI), Global
104. Pengasih Malaysia, Malaysia
105. Penington Institute, Australia
106. Philippine Alliance of Human Rights Advocates (PAHRA), Philippines
107. POS Foundation, Ghana
108. PREKURSOR Foundation for Social Policy, Poland
109. Recovering Nepal, National Federation of PUD and Drug Service Organization, Nepal
110. Red Internacional de Mujeres Familiares de personas privadas de la Libertad (RIMUF), Global
111. Red Latinoamericana de Mujeres Libertarias Fundiendo Rejas, Latin America
112. Redes da Maré, Brazil
113. Release, United Kingdom
114. Released Malta, Malta
115. RESET - Drug Policy and Human Rights, Argentina

116. Responsabilité Espoir Vie Solidarité (REVS PLUS),
Burkina Faso
117. Rights Reporter Foundation (RRF), Hungary
118. SANANIM, Czech Republic
119. Sexual Rights Initiative, Switzerland
120. Sikkim Drug Users Forum (SDUF), India
121. Skoun Lebanese Addictions Center, Lebanon
122. Steps Non Profit, Greece
123. Stop Overdose Now Foundation, Netherlands
124. StoptheDrugWar.org, USA
125. StreetLawPh, Philippines
126. TB HIV Care NPC, South Africa
127. Transform Drug Policy Foundation, United
Kingdom
128. Transformative Justice Collective, Singapore
129. Transnational Institute, Netherlands
130. Uniting NSW, Australia
131. Washington Office on Latin America (WOLA), USA
132. Women and Harm Reduction International
Network (WHRIN), Indonesia
133. World Coalition Against the Death Penalty, Global
134. Youth RISE, Global